Aufgrund von

- § 3 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO),
- §§ 13,15 und 16 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – KrW-/AbfG),
- § 10 des Gesetzes zur Neuordnung des Abfallrechts in Baden-Württemberg (Landesabfallgesetz – LAbfG),
- §§ 2, 13 Abs.1, 14, 15 und 18 des Kommunalabgabengesetzes (KAG),

beschließt der Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises am 14.12.2009 folgende Satzung:

Satzung zur Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung-AbfWS) vom 16.12.1996, zuletzt geändert durch die Satzung vom 15.12.2008

§ 1

§ 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Jede Person sollte durch ihr Verhalten zur Verwirklichung der ressourcenschonenden und abfallarmen Kreislaufwirtschaft beitragen.

Dazu soll sie insbesondere:

- das Entstehen von Abfällen vermeiden,
- die Menge der Abfälle vermindern,
- die Schadstoffe in Abfällen gering halten,
- zur Verwertung der Abfälle beitragen und
- angebotene Rücknahmesysteme nutzen."

§ 2

§ 2 Abs. 2 – 6 erhalten folgende Fassung:

"(2) Der Landkreis entsorgt Abfälle im Rahmen der Verpflichtung nach § 15 KrW-/AbfG, soweit die Entsorgung bestimmter Abfälle nicht gemäß Absatz 5 auf die Gemeinden übertragen ist. Abfälle, die außerhalb des Gebietes des Landkreises angefallen sind, dürfen dem Landkreis nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung überlassen werden. Überlassen sind mit Ausnahme der in § 4 genannten Stoffe

- a) zur Abholung bereitgestellte Abfälle, sobald sie auf das Sammelfahrzeug verladen sind,
- b) Abfälle, die vom Besitzer oder einem Beauftragten unmittelbar zu den Abfallentsorgungsanlagen befördert und dem Landkreis dort während der Öffnungszeiten übergeben werden,
- c) Abfälle mit der Übergabe an den stationären Sammelstellen oder mit dem Einfüllen in die aufgestellten öffentlichen Sammelbehälter (Depotcontainer),
- d) schadstoffbelastete Abfälle aus Haushaltungen mit der Übergabe an den stationären oder mobilen Sammelstellen."

(3) Die Entsorgungspflicht umfasst auch die in unzulässiger Weise abgelagerten Abfälle im Sinne von § 15 Abs. 4 KrW-/AbfG und § 9 Abs. 3 LAbfG.

- (4) Der Landkreis kann Dritte mit der Erfüllung seiner Pflichten beauftragen.
- (5) Der Landkreis hat aufgrund von § 6 Abs. 2 Landesabfallgesetz die Entsorgung von Bodenaushub (§ 5 Abs. 11) auf die Gemeinden Bad Dürkheim, Blumberg, Bräunlingen, Donaueschingen, Gütenbach, Hüfingen, Königsfeld, Niedereschach, Schonach, St. Georgen, Unterkirnach und Villingen-Schwenningen übertragen.
Die genannten Gemeinden erlassen eine Satzung über die Erledigung dieser Aufgaben. Die entsprechenden Regelungen der Satzung des Landkreises finden insoweit keine Anwendung.
- (6) Die Gemeinden unterstützen den Landkreis bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach den Abfallgesetzen und dieser Satzung; sie überlassen dem Landkreis die für die Erfassung und Veranlagung der Zahlungspflichtigen erforderlichen Unterlagen und Informationen. Mitteilungen des Landkreises im Zusammenhang mit der Abfallberatung und der Abfallentsorgung werden von den Städten und Gemeinden ortsüblich bekannt gemacht, sofern der Landkreis sie darum ersucht.

§ 3

In § 3 lautet die Überschrift künftig "Anschluss- und Benutzungszwang"; im Übrigen wird § 3 wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 wird nach dem Wort "Überlassungspflicht" eingefügt: "nach § 13 Abs. 1 bis 3 KrW-/AbfG".
2. Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 gelten nicht für die Entsorgung pflanzlicher Abfälle, soweit deren Beseitigung gemäß der Verordnung der Landesregierung über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Beseitigungsanlagen zugelassen ist."

§ 4

§ 4 wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

"4. gefährliche Abfälle im Sinne von § 41 KrW-/AbfG in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der Abfallverzeichnisverordnung (AVV), die nach § 2 Abs. 1 der Sonderabfallverordnung (SAbfVO) angedient werden müssen,"
2. In Abs. 3 wird "§ 21 Abs. 2 LAbfG" ersetzt durch "§ 9 Abs. 3 LAbfG".
3. die Absätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

"(4) Abfälle sind von der Entsorgung ausgeschlossen, soweit diese der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 24 KrW-/AbfG erlassenen Rechtsver-

ordnung unterliegen und entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen.

- (5) Darüber hinaus kann der Landkreis mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die wegen ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können, im Einzelfall von der öffentlichen Entsorgung ganz oder teilweise ausschließen.
- (6) Die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 sowie jeder Anlieferer haben zu gewährleisten, dass die ausgeschlossenen Abfälle nicht dem Landkreis zur Entsorgung überlassen werden."

§ 5

In § 5 werden die Absätze 1 a bis 9 wie folgt gefasst:

"(1a) Abfälle aus privaten Haushaltungen:

Abfälle, die in privaten Haushaltungen im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

(1b) Hausmüll:

Abfälle aus privaten Haushaltungen, die von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern selbst oder von beauftragten Dritten in genormten, im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behältern regelmäßig eingesammelt, transportiert und der weiteren Entsorgung zugeführt werden.

(2) Sperrmüll:

Abfälle die wegen ihrer Sperrigkeit, auch nach zumutbarer Zerkleinerung, nicht in die im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behälter passen und getrennt vom Hausmüll eingesammelt und transportiert werden.

(3) Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe):

insbesondere Glas, Weißblech, Aluminium, Papier, Kartonagen, Styropor, Schrott, Altreifen, Kork, Holz, Textilien.

(4) Gewerbliche Siedlungsabfälle:

Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kap. 20 der Anlage der Abfallverzeichnisverordnung aufgeführt sind, insbesondere

a.) gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen nach ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind, sowie

b.) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Absatz 1 a genannten Abfälle.

- (5) Hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfälle:
Abfälle im Sinne von Absatz 4, soweit sie nach Art und Menge gemeinsam mit oder wie Haus- oder Sperrmüll eingesammelt werden können.
- (6) Bioabfälle:
im Siedlungsabfall enthaltene biologisch abbaubare nativ- und derivativ-organische Abfallanteile (z. B. organische Küchenabfälle, Gartenabfälle), das heißt, der getrennt erfasste kompostierbare Anteil der Abfälle.
- (7) Grünabfälle:
pflanzliche Abfälle, die auf gärtnerisch genutzten Grundstücken, in öffentlichen Parkanlagen und auf Friedhöfen sowie als Straßenbegleitgrün anfallen.
- (8) Schadstoffbelastete Abfälle:
Kleinmengen von Abfällen, die bei der Entsorgung Nachteile für Personen, Umwelt, Anlagen oder Verwertungsprodukte hervorrufen können, insbesondere Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, öl- und lösemittelhaltige Stoffe, Farben, Lacke, Desinfektions- und Holzschutzmittel, Chemikalienreste, Batterien, Akkumulatoren, Säuren, Laugen und Salze.
- (9) Schrott:
Gegenstände aus Metall oder Teile hiervon, soweit sie nicht unter Absatz 10 fallen."

§ 6

In § 6 lautet die Überschrift künftig "Auskunfts- und Nachweispflicht, Duldungspflichten". Im Übrigen wird § 6 wie folgt geändert:

- "1. In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte "die Abfallentsorgung" ersetzt durch die Worte "das Benutzungsverhältnis".
- 2. Der bisherige Absatz 2a wird Abs. 2 und der dortige Verweis auf § 12 Abs. 3 d geändert in § 12 Abs. 7.
- 3. Der bisherige Abs. 2 b wird Abs. 3; der seitherige Abs. 3 entfällt.
- 4. Es werden die Absätze 4 und 5 wie folgt hinzugefügt:
 - "(4) In Zweifelsfällen hat der Überlassungspflichtige nachzuweisen, dass es sich nicht um von der Entsorgungspflicht ausgeschlossene Stoffe handelt. So lange der erforderliche Nachweis nicht erbracht ist, kann der Abfall zurück gewiesen werden.
 - (5) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind verpflichtet, das Aufstellen zur Erfassung notwendiger Behältnisse sowie das Betreten des Grundstücks zur Überwachung der Getrennthaltung und Verwertung von Abfällen sowie, soweit im Einzelfall entsprechend vorgesehen, zum Zwecke des Einsammelns zu dulden. Dies gilt entsprechend für Rücknahme- und Sammelsysteme, die

zur Durchführung von Rücknahmepflichten aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 24 KrW-/AbfG erforderlich sind."

§ 7

In § 7 Nr. 1 wird nach dem Wort "Dritte" eingefügt: ", insbesondere private Unternehmen".

§ 8

In § 8 erhalten die Absätze 1 und 2 folgende Fassung:

- "(1) Abfälle, die der Landkreis einzusammeln und zu befördern hat, sind nach Maßgabe dieser Satzung zur öffentlichen Abfallabfuhr bereitzustellen oder zu den stationären Sammelstellen (z.B. Depotcontainerstandorte, Wertstoffsammelstellen oder Wiederverwertungsstationen) zu bringen und dort in die dafür vorgesehenen Sammelbehälter einzuwerfen, einzustellen oder in der dort vorgesehenen Art und Weise abzulagern.
- (2) Die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haben die Grundstücke/Haushaltungen/Arbeitsstätten, die erstmals an die öffentliche Abfallabfuhr anzuschließen sind, beim Landkreis schriftlich anzumelden. Die Verpflichtung des Landkreises zum Einsammeln und Befördern der Abfälle beginnt frühestens zwei Wochen nach der Anmeldung."

Ferner wird in Abs. 4 Satz 1 der bisherige Verweis (§ 4 Abs. 1, 3 und 5) geändert in "§ 4 Abs. 1, 2, 4 und 5".

§ 9

§ 9 erhält folgende Fassung:

- "(1) Bioabfälle sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 13 Abs. 1 bis 3 KrW-/AbfG getrennt von anderen Abfällen in der Biotonne bereit zu stellen.
- (2) Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe) dürfen nicht im Restabfallbehälter oder zur Sperrmüllabfuhr bereit gestellt werden, sondern sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 13 Abs. 1 - 3 KrW-/AbfG zu den Sammelstellen (z.B. Wertstoffsammelstellen, Depotcontainer, Wiederverwertungsstationen) zu bringen. Abfälle zur Verwertung sind insbesondere: Altpapier- und Kartonage, Altglas, Schrott, Alttextilien, Kork, Altholz, Grüngut. Der Landkreis ist berechtigt, Anlieferungen nach Menge und Anlieferhäufigkeit auf ein haushaltsübliches Maß zu beschränken und Einzelheiten dazu in Benutzungsordnungen für die Sammelstellen zu regeln. Die Standorte und Annahmezeiten der Sammelstellen werden vom Landkreis bekannt gegeben.
- (3) Der Landkreis ist berechtigt, Abfälle von denen nach ihrer Art oder Beschaffenheit Störungen oder Gefährdungen des Erfassungs- oder Verwertungsprozesses

ses ausgehen können, an den Sammelstellen für Abfälle zur Verwertung abzuweisen und gleichzeitig einer anderen zur Entsorgung dieser Abfälle geeigneten Anlage zuzuweisen.

- (4) Altholz kann im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 13 Abs. 1 – 3 KrW-/AbfG unter Beachtung der Ausschlüsse und Einschränkungen gemäß §§ 4 und 8 auch zur Altholzabfuhr bereitgestellt werden.
- (5) Der Landkreis kann in einzelnen Gemeinden auch Vereine mit der Sammlung von Abfällen zur Verwertung beauftragen (Vereinssammlungen). Die Gemeinden, in welchen Vereinssammlungen stattfinden, die Art der Abfälle, die dabei gesammelt werden, und die Termine werden vom Landkreis bekannt gegeben.
- (6) Im Übrigen kann der Landkreis auch weitere Holsysteme für Wertstoffe einrichten. Soweit Holsysteme für Wertstoffe eingerichtet sind und für die dafür vorgesehenen Wertstoffe nicht parallel eine Abgabemöglichkeit auf den Sammelstellen gem. Abs. 2 besteht, sind die eingerichteten Holsysteme im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 13 Abs. 1 – 3 KrW-/AbfG zu benutzen. § 13 Abs. 4 – 6 gilt entsprechend.
- (7) Soweit zum Zwecke ihrer Einsammlung und Verwertung für bestimmte Abfälle zur Verwertung (z.B. Verkaufsverpackungen) gesonderte gesetzliche Sammlungs- und Rücknahmesysteme (z.B. Duale Systeme) eingerichtet sind, sind diese zu benutzen."

§ 10

In § 10 lautet die Überschrift künftig "Getrenntes Einsammeln von schadstoffbelasteten Abfällen"; im Übrigen erhält § 10 folgende Fassung:

"Die nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten haben die schadstoffbelasteten Abfälle (§ 5 Abs. 8) in Kleinmengen aus privaten Haushaltungen zu den speziellen Sammelfahrzeugen der mobilen Schadstoffsammlung zu bringen und dort dem Personal zu übergeben. Der Landkreis gibt die Standorte der Sammelfahrzeuge und die Annahmezeiten rechtzeitig bekannt."

§ 11

In § 11 lautet die Überschrift künftig "Getrenntes Einsammeln von Elektro- und Elektronikgeräten". Die bisherige Regelung wird ersetzt wie folgt:

"Elektro- und Elektronikgeräte (§ 5 Abs. 10) können von Endnutzern und Vertreibern bei den vom Landkreis eingerichteten Sammelstellen angeliefert werden. Dabei sind, soweit zumutbar, die für die Gerätegruppen nach § 9 Abs. 4 ElektroG vorhandenen Sammelbehälter zu benutzen. Die jeweiligen Standorte und Annahmezeiten der Sammelstellen werden vom Landkreis bekannt gegeben."

§ 12

§ 12 erhält folgende Fassung:

"(1) Zugelassene Abfallgefäße sind

1. für den Bioabfall (§ 5 Abs. 6): Müllnormeimer (MGB) mit 60/120/240/660 l Füllraum (braune Biotonne);
2. für den Hausmüll (§ 5 Abs. 1b) sowie für hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 5): Müllnormeimer (MGB) mit 40/60/80/120/140/240/770/1.100 l Füllraum (graue Restmülltonne).

(2) Die erforderlichen Abfallbehälter werden vom Landkreis zur Verfügung gestellt. Sie bleiben Eigentum des Landkreises. Die Behälter sind pfleglich zu behandeln und bei Bedarf zu reinigen. Bei Defekten an den Abfallbehältern ist der Landkreis zu informieren. Behälter die nicht mehr zur Bereitstellung von Abfällen zur Überlassung an den Landkreis benötigt werden, sind beim Landkreis abzumelden und zur Abholung durch diesen zugänglich zu halten. Das Entfernen von Abfallbehältern vom angemeldeten Grundstück ist nur mit Zustimmung des Landkreises zulässig. Die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haften für Schäden durch unsachgemäße Behandlung oder für den selbst verschuldeten Verlust von Abfallbehältern.

(3) Die Abfallgefäße müssen von den Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 mit einer gültigen Gebührenmarke versehen werden.

(4) Für jeden Haushalt müssen ausreichend Abfallgefäße – mindestens eine Biotonne nach Abs. 1 Nr. 1 und ein Restabfallbehälter nach Abs. 1 Nr. 2 mit jeweils einem Mindestgefäßvolumen von 3 Liter pro Woche und je dem Haushalt angehörender Person – vorhanden sein. Die Pflicht zur Nutzung einer Biotonne entfällt, wenn die Abfallerzeuger oder Abfallbesitzer die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung beabsichtigten und dazu in der Lage sind. Mehrere Verpflichtete auf einem Grundstück oder auf unmittelbar aneinander angrenzenden Grundstücken können auf schriftlichen Antrag Abfallgefäße gemeinsam nutzen (Behältergemeinschaft). Auch für diesen Fall gilt das Mindestbehältervolumen nach Satz 1 mit der Ausnahmeregelung nach Satz 2.

Der Antrag auf eine Behältergemeinschaft muss von allen Verpflichteten unterzeichnet sein, einen von ihnen zur Zahlung der Behältergebühren verpflichten und regeln, dass der zur Zahlung Verpflichtete allein über die Gefäßausstattung bestimmt. Die übrigen Verpflichteten sind Gesamtschuldner. Soweit für das Grundstück / die Grundstücke ein Hausverwalter eingesetzt ist, kann der Antrag auch von diesem gestellt werden. Eine Unterzeichnung durch alle Verpflichteten ist dann nicht erforderlich. Die Behältergebühr ist in diesem Fall vom Hausverwalter zu entrichten.

Bei Wohnanlagen mit mindestens 15 Wohneinheiten werden die Verpflichteten nach § 13 Abs. 1 bis 3 KrW-/AbfG unabhängig von einer Antragstellung bei der Restmüllbehälterzuteilung zu einer Behältergemeinschaft zusammengefasst. Die Behältergebühr ist in diesem Fall von der Hausverwaltung beziehungsweise vom Hauseigentümer zu entrichten. Mehrere Hauseigentümer sind Gesamt-

schuldner. Dies gilt bei der Biotonnenzuteilung entsprechend bei Wohnanlagen mit mindestens 6 Wohneinheiten.

- (5) Abweichend von Abs. 1 Nr. 1 und 2 werden den Verpflichteten nach § 13 Abs. 1 bis 3 KrW-/AbfG in den Streusiedlungsbereichen, die in Anhang 2 zu dieser Satzung aufgezählt sind, pro Haushalt und Jahr 12 Restmüllsäcke mit einem Füllvolumen von je 70 l und 24 Biomüllsäcke mit einem Füllvolumen von je 35 l zur Verfügung gestellt. In Ausnahmefällen kann auch eine andere Anzahl, mindestens jedoch 6 Restmüllsäcke bzw. 12 Biomüllsäcke, beantragt werden. Der Ausnahmetatbestand nach Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend. In Verbindung mit Abs. 8 a bis d gelten diese Regelungen analog auch für entsprechende Gewerbebetriebe.
- (6) In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere wenn die Benutzung von MGB aus topographischen oder städtebaulichen Gründen nicht zumutbar ist, können abweichend von Abs. 1 Nr. 1 und 2 Verpflichteten nach § 13 Abs. 1 bis 3 KrW-/AbfG Biomüllsäcke à 35 Liter in solcher Anzahl zur Verfügung gestellt werden, dass das damit verfügbare Jahresvolumen dem der Behälter entspricht, die von dem Verpflichteten ansonsten gem. Abs. 1 Nr. 1 und 2 i.V.m. Absatz 4 Satz 1 mindestens vorzuhalten wären. Eine höhere Anzahl an Säcken kann stufenweise so gewählt werden, dass das damit verfügbare Jahresvolumen einem solchen entspricht, wie es auch aus den nach Abs. 1 Nr. 1 und 2 zur Verfügung stehenden Behältergrößen in Kombination mit einer vierwöchentlichen Restmüllabfuhr und Biomüllabfuhr im Sommer/Winterrhythmus wählbar wäre. Absatz 4 Sätze 2 und 3 bleiben unberührt.
- Im historischen Stadtkern des Stadtteils Villingen der Stadt Villingen-Schwenningen ansässige Verpflichtete können auf Antrag anstelle der Verwendung von Biomüllsäcken ihren Biomüll auch in vom Landkreis an mehreren Orten innerhalb des historischen Stadtkerns vorgehaltenen Gemeinschaftstonnen entsorgen. Das Gebiet des historischen Stadtkerns wird begrenzt durch die überwiegend noch vorhandene historische Stadtmauer oder dort, wo sie in Teilen nicht mehr vorhanden ist, durch ihren ehemaligen Verlauf.
- (7) Eigentümern nicht dauerhaft bewohnter Ferienhäuser oder Ferienwohnungen sowie Eigentümern oder Nutzern nicht dauerhaft bewohnter Zweitwohnungen werden, soweit für sie die Nutzung von Behältern gemäß Abs. 1 Nr. 1 und 2 nicht zumutbar ist und sie auch keine gesicherte Entsorgung über eine Behältergemeinschaft nachweisen können, in der Regel 6 Restmüllsäcke mit einem Füllvolumen von je 70 Liter und 12 Biomüllsäcke mit einem Füllvolumen von je 35 Liter zur Verfügung gestellt. Wird die Zweitwohnung, das Ferienhaus bzw. die Ferienwohnung mehr als 6 Monate im Kalenderjahr durch den Eigentümer oder mit dessen Gestattung durch andere Personen genutzt, werden für jeden weiteren angefangenen Monat ein zusätzlicher Restmüllsack und zwei zusätzliche Biomüllsäcke zur Verfügung gestellt. In Ausnahmefällen kann auch eine insgesamt geringere Anzahl, mindestens jedoch 3 Restmüllsäcke bzw. 6 Biomüllsäcke beantragt werden.
- (8a.) Für Grundstücke, auf denen ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 4) anfallen, sind gemäß § 7 Satz 4 GewAbfV in angemessenem Umfang Abfallbehälter nach Absatz 1 Nr. 2 zu nutzen. Das zu nutzende Behältervolumen wird aufgrund von Einwohnergleichwerten (EGW) und einem Mindestbe-

hältervolumen von 9 Litern je EGW und Woche ermittelt. Die EGW werden nach Anhang 1 zu dieser Satzung aufgrund der Beschäftigtenzahlen ermittelt. Beschäftigte sind alle in einem Betrieb Tätigen (z.B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Beschäftigte, die weniger als 50% der branchenüblichen Arbeitszeit tätig sind, werden zu einem Viertel berücksichtigt.

Abweichend davon werden die EGW nach Anhang 1 zu dieser Satzung in Beherbergungsbetrieben, Kliniken, Pflege- und Wohnheimen oder ähnlichen Einrichtungen nach der Anzahl der Betten bzw. Heimplätze sowie in Kindergärten, Schulen und sonstigen Bildungs- oder ähnlichen Einrichtungen nach der Anzahl der sich regelmäßig in der Einrichtung aufhaltenden Personen ermittelt.

- (8b.) Ergibt die Ermittlung der EGW Teilwerte, werden diese nach kaufmännischen Rundungsregeln auf volle EGW auf- bzw. abgerundet; dabei ist die erste Nachkommastelle maßgeblich (1 - 4 Abrundung, 5 - 9 Aufrundung).
- (8c.) Auf Antrag kann ein von dem nach Buchstaben a) und b) ermittelten Mindestbehältervolumen abweichendes geringeres Behältervolumen zugelassen werden, wenn der Verpflichtete nach § 3 Abs. 1 oder 2 nachweist, dass aufgrund betrieblicher Besonderheiten tatsächlich ein geringeres Mindestbehältervolumen ausreicht. Der Landkreis legt in diesen Fällen aufgrund der durch den Verpflichteten nachgewiesenen betrieblichen Besonderheiten bzw. gegebenenfalls eigener Erkenntnisse/Ermittlungen das erforderliche Mindestbehältervolumen fest.
- (8d.) Für Schwimmbäder, Vereins- und Bürgerhäuser, Schützenheime und andere Einrichtungen ohne ständige Bewirtschaftungen sowie für Einrichtungen mit starken saisonalen Schwankungen der Besucherfrequenz (z.B. Feriendörfer, Campingplätze u.ä.) werden die mindestens vorzuhaltenden Behälter bezogen auf den Einzelfall nach den tatsächlichen Gegebenheiten (insbesondere Öffnungszeiten und Besucherfrequenz im Jahresdurchschnitt) oder in Anpassung an die saisonalen Bedingungen festgesetzt. Dies gilt sinngemäß auch für Friedhöfe.
- (9) Für Grundstücke, auf denen sowohl Hausmüll (§ 5 Abs. 1b) als auch gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 4) anfallen (gemischt genutzte Grundstücke) ist die gemeinsame Nutzung von Behältern nach Absatz 1 zulässig, soweit dabei das durch Addition der jeweils vorzuhaltenden Mindestvolumina nach den Absätzen 4 Satz 2 und 8 a bis 8 c zu ermittelnde Gesamtvolumen nicht unterschritten wird. Absatz 4 Sätze 3 bis 6 gelten entsprechend.
- (10) Fallen vorübergehend so viele Abfälle an, dass sie in den zugelassenen Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können, so dürfen neben den Abfallgefäßen nach Abs. 1 nur Abfallsäcke verwendet werden, die bei vom Landkreis beauftragten Vertriebsstellen gekauft werden können. Der Landkreis gibt bekannt, welche Abfallsäcke zugelassen sind und wo sie erworben werden können. Anstelle der Verwendung dieser zusätzlichen Abfallsäcke für den vorübergehenden Mehrbedarf kann vorübergehend in größerer Menge angefallener Hausmüll oder hausmüllähnlicher Gewerbemüll auch vom Abfallbesitzer selbst zur dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlagen des Landkreises angeliefert werden."

§ 13

§ 13 wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 erhält folgende Formulierung:

"(1) Die Restabfallbehälter werden wahlweise vierwöchentlich oder 14-täglich, Großmüllbehälter mit 770 Liter oder 1.100 Liter Fassungsvermögen auf Antrag auch wöchentlich geleert. Zusätzlich kann für gewerbliche Siedlungsabfälle auf Antrag auch die wöchentliche Leerung von MGB mit 240 Liter Füllvolumen zugelassen werden."

2. Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Biotonnen werden in der Zeit von Oktober bis Mai 14-täglich, in der Zeit von Juni bis September wöchentlich entleert. Bei Verwendung von 240 l und 660 l-Gefäßen kann auf Antrag auch die ganzjährige wöchentliche Entleerung zugelassen werden."

3. Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die neuen Absätze 3 und 4.

4. Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 5. Hierbei erhält Satz 1 folgende Neufassung: "Die zugelassenen Abfallgefäße sind von den nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten am Abfuhrtag bis spätestens 6.30 Uhr, frühestens jedoch ab 18.00 Uhr des Vortages, mit geschlossenem Deckel am Rand des Gehweges oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, am äußersten Straßenrand so bereit zu stellen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden können und die Entleerung ohne Schwierigkeiten und ohne Zeitverlust möglich ist."

5. Der bisherige Abs. 7 wird Abs. 6. Hierbei erhält der letzte Satz folgende Fassung: "In Streusiedlungsbereichen gem. § 12 Abs. 5 bestimmt der Landkreis zentrale Sammelplätze."

§ 14

§ 14 heißt künftig "Sonderabfahren" und erfährt folgende Änderungen:

1. Abs. 1 wird wie folgt neu formuliert:

"(1) Sperrmüll und Altholz aus privaten Haushaltungen kann insgesamt zweimal jährlich zur Einsammlung auf Abruf angemeldet werden. Die Anmeldung kann telefonisch, schriftlich oder online beim Landkreis erfolgen. Die Abfuhr wird innerhalb von neun Wochen nach Anmeldung durchgeführt. Der Landkreis legt den genauen Termin fest und teilt ihn dem Anmeldenden mit. Werden für eine Abfuhr sowohl Sperrmüll als auch Holz angemeldet, sind diese getrennt nebeneinander bereit zu stellen. Bei der Abfuhr wird nur angemeldeter Sperrmüll/ angemeldetes Altholz abgefahren. Es gilt eine Mengenbeschränkung von insgesamt, d.h. Sperrmüll und Altholz gemeinsam, 4 m³ je Anmeldung. Anstelle der Inanspruchnahme einer oder beider jährlichen Abfahren auf Abruf kann Sperrmüll unter Verwendung der

jedem privaten Haushalt zur Verfügung stehenden Sperrmüllschecks bis zu 200 kg je Anlieferung auch gebührenfrei direkt zur Müllumschlagsstation Tuningen angeliefert werden."

2. In Abs. 2 wird nach Wort "Haushaltungen" die Formulierung "(gewerbliche Siedlungsabfälle)" eingefügt.
3. Abs. 3 erhält folgende Neuformulierung:

"(3) Zur Sperrmüllabfuhr dürfen nicht bereitgestellt werden, sondern sind in den anderen jeweils dafür vorgesehenen Abfuhrsystemen bereitzustellen oder, soweit keine anderen Abfuhrsysteme dafür eingerichtet sind, vom Besitzer selbst oder ihm beauftragten Dritten bei den entsprechenden Abfallentsorgungsanlagen anzuliefern.

 - Hausmüll nach § 5 Abs. 1b,
 - Abfälle zur Verwertung nach § 5 Abs. 3 (ausgenommen nicht zumutbar trennbare Verbünde),
 - Bioabfälle und Grünabfälle nach § 5 Abs. 6 und 7,
 - die nach § 4 von der Abfallentsorgung ausgeschlossenen Stoffe,
 - Stoffe, die wegen ihrer Größe oder ihres Gewichtes nicht auf die vorhandenen Fahrzeuge verladen werden können. Einzelstücke dürfen ein Gewicht von 50 kg und eine Breite von 1,5 m nicht überschreiten.
 - die nach § 8 Abs. 4 vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossenen Stoffe,
 - Abfälle, die nach den §§ 9, 10 und 11 getrennt erfasst werden."
4. In Abs. 5 wird der Verweis von § 13 Abs. 6 und 7 geändert in § 13 Abs. 5 und 6.

§ 15

§ 15 wird wie folgt neu gefasst:

"Der Landkreis kann bei gewerblichen Siedlungsabfällen auf Antrag des Überlassungspflichtigen regeln, dass diese Abfälle an den Entsorgungsanlagen des Landkreises oder an den vom Landkreis genutzten Entsorgungsanlagen überlassen werden, soweit die besonderen Verhältnisse beim Überlassungspflichtigen einer Nutzung der öffentlichen Abfallabfuhr entgegen stehen und nachgewiesen wird, dass die überlassungspflichtigen Abfälle dem Landkreis überlassen werden. Die Vorhaltepflcht für Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 4 i.V. m. Abs. 1 Nr. 2 besteht in diesen Fällen nicht. Ansonsten gelten für die hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfälle die für die Abfuhr des Hausmülls maßgeblichen Vorschriften entsprechend."

§ 16

In § 16 werden die Absätze 1 und 3 wie folgt neu formuliert:

1. "(1) Können die in §§ 13 bis 15 genannten Abfälle aus einem vom Landkreis zu vertretenden Grund nicht abgefahren werden, so gibt der Landkreis einen

Ersatztermin bekannt."

2. "(3) Soweit im Einzelfall Einschränkungen oder Ausfälle der Abfuhr nicht auf Umständen beruhen, auf die der Landkreis keinen Einfluss hat, ist die Einschränkung oder der Ausfall dem Landkreis unverzüglich anzuzeigen."

§ 17

§ 17 Abs. 2 wird um folgenden Satz 4 ergänzt: "Für die Wahrung der Vertraulichkeit, z. B. bei persönlichen Papieren, übernimmt der Landkreis keine Verantwortung."

§ 18

§ 18 wird wie folgt geändert:

1. Abs. 4 erhält folgende Neufassung:

"(4) Der Landkreis ist berechtigt, den Betrieb auf seinen Abfallentsorgungsanlagen durch eine für alle Anlagen gemeinsam geltende Benutzungsordnung oder durch mehrere, jeweils auf bestimmte Anlagen beschränkte Benutzungsordnungen, zu regeln. Dabei können auch Anlieferungsmengen und Anlieferungshäufigkeiten beschränkt werden."

2. Die Absätze 5 und 6 werden gestrichen.

§ 19

§ 19 erhält folgende Änderungen:

1. In Abs. 1 wird das Wort "Baustellenabfälle" ersetzt durch "Bodenaushub und Bauschutt".
2. In Abs. 2 Satz 2 wird nach dem Wort "Privater" folgender Text nachgefügt: ", die sich gegenüber dem Landkreis zur Rückführung der angelieferten Stoffe in den Wirtschaftskreislauf verpflichtet haben)".
3. Die Absätze 3 a und 3 b werden ersetzt durch Abs. 3 wie folgt:

"(3) Abfälle, die bei Bau- und Abbruchmaßnahmen anfallen und nicht nach § 4 von der Abfallentsorgung durch den Landkreis ausgeschlossen sind, müssen im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 13 Abs. 1 bis 3 KrW-/AbfG nach folgenden Fraktionen getrennt bei den nach Abs. 2 Satz 2 dafür jeweils bestimmten Anlagen angeliefert werden:

1. Mineralik
2. Holz
3. Glas
4. Schrott"

4. Abs. 8 entfällt.

§ 20

§ 20 Abs. 1 erhält folgende Neufassung:

"(1) Der Landkreis erhebt zur Deckung seines Aufwandes für die Entsorgung von Abfällen Benutzungsgebühren nach Maßgabe der §§ 21 bis 25. Im Übrigen werden für gewerbliche Siedlungsabfälle sowie die Annahme von Altreifen, mineralischen Abfällen, Baustellenabfällen, Straßenkehrriecht und Grüngut zur Verwertung in die haushaltsübliche Menge nach § 9 Abs. 2 überschreitender Menge sowie für sonstige Leistungen, die keinen der in den §§ 22 und 23 genannten Gebührentatbestände erfüllen, Entgelte in zur Kostendeckung erforderlicher Höhe erhoben. Über die Entgelthöhe und deren Bemessungsgrundlagen informiert der Landkreis Anlieferer der in Satz 2 genannten Abfälle durch Aushang an den jeweiligen Annahmestellen, ansonsten auf Anfrage."

§ 21

§ 21 erhält folgende Neufassung:

- "(1) Gebührenschildner für Gebühren nach § 22 sind die Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2.
- (2) Gebührenschildner für die Gebühren nach § 23 ist derjenige, bei dem die Abfälle angefallen sind. Ist dieser nicht bestimmbar, ist der Anlieferer Gebührenschildner. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Anlieferer Abfälle verschiedener Auftraggeber zusammengeführt hat.
- (3) Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner.
- (4) Soweit der Landkreis die Bemessungsgrundlagen für die Gebühr nicht ermitteln oder berechnen kann, schätzt er sie. Dabei werden alle Umstände berücksichtigt, die für die Schätzung von Bedeutung sind."

§ 22

§ 22 erhält folgende Fassung:

- "(1) Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen werden als Jahresgebühr und als Behältergebühr erhoben.
- (2) Die Jahresgebühr wird nach der Anzahl der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschild (§ 24 Abs. 2) zu einem Haushalt gehörenden Personen bemessen.

Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften.

Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt. Als Haushalt gelten auch die einzelnen Mitglieder von Wohngemeinschaften und Untermieter sowie Wohnheimbewohner, wenn sie allein wirtschaften.

Als Veranlagungsgrundlage gilt die Anmeldung des Hauptwohnsitzes. Berücksichtigt werden jedoch auch Personen, die ihrer Meldepflicht nicht nachgekommen sind.

Die Jahresgebühren betragen bei Haushalten mit	Gebühr in Euro
1 Person	27,50
2 und 3 Personen	41,30
4 und mehr Personen	49,60

In Streusiedlungsbereichen (§ 12 Abs. 5 i.V.m. § 13 Abs.6) ermäßigt sich die Jahresgebühr um 50 v.H.

- (3) Die Behältergebühr bemisst sich nach der Zahl, der Größe und dem Abfuhr-
rhythmus der angemeldeten Abfallgefäße und beträgt jährlich für

- die Restabfallbehälter:

Behälter		Miete (=M) Eigentum (=E) Sack (=S)	Abfuhr- rhythmus	Gebühr Euro
40 l	Füllraum	M	14-täglich	54,50
40 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	25,40
60 l	Füllraum	M	14-täglich	81,80
60 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	38,20
80 l	Füllraum	M	14-täglich	109,10
80 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	50,90
120 l	Füllraum	M	14-täglich	163,70
120 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	76,40
140 l	Füllraum	M	14-täglich	191,00
140 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	89,10
240 l	Füllraum	M	14-täglich	327,40
240 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	152,80
770 l	Füllraum	M	wöchentlich	1.961,40
770 l	Füllraum	M	14-täglich	980,70
770 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	490,30
770 l	Füllraum	E	wöchentlich	1.961,40
770 l	Füllraum	E	14-täglich	980,70
770 l	Füllraum	E	4-wöchentl.	490,30
1.100 l	Füllraum	M	wöchentlich	2.802,00
1.100 l	Füllraum	M	14-täglich	1.401,00
1.100 l	Füllraum	M	4-wöchentl.	700,50
1.100 l	Füllraum	E	wöchentlich	2.802,00
1.100 l	Füllraum	E	14-täglich	1.401,00
1.100 l	Füllraum	E	4-wöchentl.	700,50

- die Biotonne

Gefäß	Abfuhrhythmus	Gebühr Euro
60 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	46,00
120 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	92,00
240 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	184,00
660 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	506,20
240 l M	wöchentlich	273,40
660 l M	wöchentlich	752,00

- (4) In Fällen des § 12 Absatz 6 werden für die zur Verfügung gestellten Rest- und Biomüllsäcke Gefäßgebühren in der Höhe erhoben, wie sie gemäß Absatz 3 auch für – dem zur Verfügung gestellten Sackvolumen entsprechende – Abfallgefäße zu entrichten sind. In Fällen des § 12 Abs. 6 Satz 4 (historischer Kern Villingen) wird bei jedem die Gemeinschaftstonnen nutzenden Haushalt neben der nach Abs. 3 oder vorstehendem Satz ermittelten Restmüllabfallbehältergebühr die gemäß Absatz 3 für den 60-l-Biotonne festgesetzte Behältergebühr erhoben.
- (5) Die Behältergebühren in Streusiedlungsbereichen betragen pro ausgegebenen Müllsack:

35 l Müllsack	Haushalt Biomüll	0,70
70 l Müllsack	Haushalt Restmüll	3,40
35 l Müllsack	Gewerbebetriebe Biomüll	0,80
70 l Müllsack	Gewerbebetriebe Restmüll	3,40

- (6) Die Gebühr für Abfallsäcke in Zweitwohnungen, Ferienwohnungen und Ferienhäusern (§ 12 Abs. 7) und für Mehrbedarfssäcke beträgt für den Restmüll 5,60 € pro 70 l-Sack und für den Biomüll 1,80 € pro 35 l-Sack. Soweit bei Zweitwohnungen, Ferienwohnungen und Ferienhäusern anstelle von Abfallsäcken Abfallbehälter benutzt werden (§ 12 Abs. 4 und 7 i.V.m. § 12 Abs. 1 Nr. 2), werden als Gebühr lediglich die Gefäßgebühren (§ 22 Abs. 3) erhoben.
- (7) Die Benutzungsgebühren für die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen und sonstige in haushaltsüblichen Mengen überlassene Abfälle zur Verwertung oder im Falle der Befreiung nach § 15 werden als Behältergebühr erhoben. Das Entgelt für die Inanspruchnahme einer Sperrmüll- und / oder Altholzabfuhr nach § 14 Absatz 2 wird je Einzelfall gesondert erhoben.

- Die Gefäßgebühr Restmüll Gewerbe beträgt pro Jahr für einen Abfallbehälter mit

Gefäß	Miete (=M) Eigentum (=E) Sack (=S)	Abfuhr- rhythmus	Gebühr in Euro
40 l Füllraum	M	14-täglich	83,50
40 l Füllraum	M	4-wöchentl.	56,10
60 l Füllraum	M	14-täglich	102,10
60 l Füllraum	M	4-wöchentl.	65,30
80 l Füllraum	M	14-täglich	120,70
80 l Füllraum	M	4-wöchentl.	74,70
120 l Füllraum	M	14-täglich	158,50
120 l Füllraum	M	4-wöchentl.	93,30
140 l Füllraum	M	14-täglich	177,00
140 l Füllraum	M	4-wöchentl.	102,80
240 l Füllraum	M	wöchentlich	513,70
240 l Füllraum	M	14-täglich	269,90
240 l Füllraum	M	4-wöchentl.	149,20
240 l Füllraum	E	wöchentlich	513,70
240 l Füllraum	E	14-täglich	269,90
240 l Füllraum	E	4-wöchentl.	149,20
770 l Füllraum	M	wöchentlich	1.650,50
770 l Füllraum	M	14-täglich	842,60
770 l Füllraum	M	4-wöchentlich	437,10
770 l Füllraum	E	wöchentlich	1.650,50
770 l Füllraum	E	14-täglich	842,60
770 l Füllraum	E	4-wöchentlich	437,10
1.100 l Füllraum	M	wöchentlich	2.221,90
1.100 l Füllraum	M	14-täglich	1.139,50
1.100 l Füllraum	M	4-wöchentlich	586,80
1.100 l Füllraum	E	wöchentlich	2.221,90
1.100 l Füllraum	E	14-täglich	1.139,50
1.100 l Füllraum	E	4-wöchentlich	586,80

Veranlagungsgrundlage ist der jeweils zum 01.01. eines Jahres nach § 12 Abs. 4 ermittelte, mindestens anzumeldende, vorzuhaltende und zu nutzende Behälterbestand. Soweit weder der Landkreis noch der Abfallerzeuger/-besitzer eine Überprüfung der Veranlagungsgrundlage zum 01.01. eines jeden Jahres verlangen, ergehen die jeweiligen Jahresbescheide jedes folgenden Jahres auf der Basis der zuletzt festgestellten Veranlagungsgrundlage.

- Die Benutzungsgebühren für die Biomüllentsorgung bei gewerblichen Betrieben betragen pro Jahr bei einem Abfallbehälter mit

Gefäß	Abfuhrhythmus	Gebühr Euro
60 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	49,00
120 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	98,00
240 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	196,00
660 l M	8 Monate 14-täglich, 4 Monate wöchentlich	539,20
240 l M	wöchentlich	291,30
660 l M	wöchentlich	801,10

- (8) Für den Austausch von Abfallbehältern MGB 40 l, 60 l, 80 l, 120 l, 140 l und 240 l auf Antrag der Anschlusspflichtigen nach § 3 Abs. 1 und 2 wird eine Gebühr von 10,20 € pro ausgetauschten Behälter erhoben. Die Gebühr für den Behältertausch entfällt, wenn dem Behältertausch
- eine Änderung der Anzahl der Haushaltsmitglieder nach Abs. 2,
 - ein durch Wegzug bedingtes Ausscheiden eines an einem gemeinsamen Behälter nach § 12 Abs. 4 Satz 3 beteiligten Haushalts,
 - die zusätzliche Beteiligung eines neu zugezogenen Haushalts an einem gemeinsamen Behälter nach § 12 Abs. 4 Satz 3,
 - eine erstmalige Zusammenfassung mehrerer Haushalte bei der Gefäßzuteilung (Nachbarschaftstonne) nach § 12 Abs. 4 Satz 3 zugrunde liegt.
- (9) Die jeweiligen Jahreswertmarken für die in Abs. 3 und 7 genannten Behälter werden mit dem Jahresgebührenbescheid versandt. Für verlorene oder entfernte Wertmarken haftet der Landkreis nicht."

§ 23

In § 23 lautet die Überschrift künftig "Gebühren / Entgelte bei der Selbstanlieferung auf den Abfallentsorgungsanlagen des Landkreises"; im Übrigen hat § 23 folgende Fassung:

- "(1) Bei der Selbstanlieferung (§ 19) von Abfällen auf der Müllumschlagstation Tuningen, den Kompostanlagen des Schwarzwald-Baar-Kreises sowie von Asbest und Mineralwolle auf den Annahmestellen nach § 19 Abs. 4 ist die Bemessungsgrundlage für die Gebühr bzw. das Entgelt das Gewicht (t) des angelieferten Abfalls.
- (2) Die Benutzungsgebühren für Anlieferungen aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis auf die Müllumschlagstation Tuningen betragen für:

a) Abfälle zur Beseitigung (sonstige Siedlungsabfälle)	227,00 € / t
b) Kleinanlieferungen aus privaten Haushaltungen bis 100 kg	18,16 € / Anl."

§ 24

Nach § 23 wird der neue § 23 a mit der Überschrift "Kostenerstattung und sonstige Gebühren" und folgender Regelung eingefügt:

- "(1) Wird für die Umladung, die Zurückladung, die Sortierung oder die sonstige Behandlung von angelieferten oder bereitgestellten Abfällen ein das übliche Maß übersteigender Aufwand erforderlich, werden zu den genannten Gebühren Zuschläge in Höhe der Mehrkosten berechnet. Diese Zuschläge betragen für zusätzlichen Personaleinsatz 35,-- € je angefangener Arbeitsstunde und für zusätzlichen Maschineneinsatz 75,-- € je angefangener Stunde. Soweit dem Landkreis von Dritten Mehrkosten auferlegt werden und soweit Analysen für die Abfallstoffe notwendig sind, gehen auch diese zusätzlichen Kosten zu Lasten des Gebührenschuldners.
- (2) Soweit der Landkreis die Begründung eines Benutzungsverhältnisses erklären muss, weil der Verpflichtete nach § 3 Abs. 1 oder 2 seiner Verpflichtung zur Benachrichtigung gem. § 8 Abs. 2 nicht nachgekommen ist, erhebt der Landkreis eine Verwaltungsgebühr von 60,-- €.
- (3) Wer entgegen den Vorschriften dieser Satzung Abfälle unzulässig zur Abfuhr bereit stellt und dadurch weitere illegale Ablagerungen verursacht, ist zum Ersatz der für den Abtransport und die Entsorgung der gesamten illegalen Ablagerung anfallenden Kosten verpflichtet."

§ 25

§ 24 hat künftig die Überschrift "Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses, Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschild" und lautet wie folgt:

- "(1) Das Benutzungsverhältnis beginnt mit der Anmeldung oder Anzeige des Verpflichteten oder Berechtigten nach § 8 Abs. 2 oder 3, soweit sich nicht durch eine erstmalige tatsächliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung ein früherer Zeitpunkt ergibt. Soweit nach § 3 Abs. 1 oder 2 Verpflichtete ihrer Verpflichtung zur schriftlichen Anmeldung gemäß § 8 Abs. 2 nicht nachkommen, ist der Landkreis berechtigt, die Begründung des Benutzungsverhältnisses zu erklären und den Verpflichteten Behälter in angemessener Anzahl mit angemessenem Füllvolumen zuzuweisen. Das Benutzungsverhältnis endet mit der schriftlichen Abmeldung, sofern dabei auch die Voraussetzungen für die Beendigung gegeben sind.
- (2) Die Jahresgebühr (§ 22 Abs. 2), die Behältergebühren (§ 22 Absätze 3 - 7) und die Gebühr für zugeteilte Abfallsäcke (§ 22 Abs. 5 und 6) werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Bei diesen Gebühren entsteht die Gebührenschild je-

weils am 1. Januar. Beginnt das Benutzungsverhältnis im Laufe des Jahres, so entsteht die Gebührenschuld mit dem ersten Tag des auf den Beginn des Benutzungsverhältnisses folgenden Kalendermonats. In diesen Fällen wird für jeden vollen Kalendermonat 1/12 der Jahresgebühr erhoben. Die Gebührenschuld wird vier Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig. Auf Restabfallbehälter und Biotonnen sind zur Kennzeichnung Gebührenmarken aufzukleben, die dem Gebührenschuldner vom Landkreis zugesandt oder übergeben werden.

- (3) Die Gebühren für die Benutzung von Abfallsäcken zur Deckung gelegentlicher Mehrbedarfe entstehen bei deren Erwerb und sind sofort zur Zahlung fällig.
- (4) Die Gebühr für den Austausch von Behältern (§ 22 Abs. 8) wird durch Änderungsgebührenbescheid oder mit dem nächstfolgenden Jahresgebührenbescheid festgesetzt und vier Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (5) Bei sonstigen Gebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung. Gebühren bis zu 30 € im Einzelfall werden mit Bekanntgabe des Gebührenbescheids sofort bar, oder, soweit die in Anspruch genommene Einrichtung über eine entsprechende technische Vorrichtung verfügt, mittels Scheckkarte über das Tele-Cash-Verfahren zur Zahlung fällig. Höhere Gebühren werden vier Wochen nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
Werden nach Satz 2 sofort zur Zahlung fällige Gebühren nicht sofort beglichen, erhöht sich die jeweilige Gebührenschuld um einen Verwaltungskostenzuschlag von 6 €.
Dies gilt nicht für die Einrichtung regelmäßig in Anspruch nehmende gewerbliche Anlieferer, soweit für diese Gebührenbescheide festgesetzt werden, mit denen die Gebühren aus mehreren Einzelanlieferungen zusammengefasst sind."

§ 26

§ 25 Abs. 2 lautet künftig wie folgt:

- "(2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Ende des Benutzungsverhältnisses. Zuviel entrichtete Gebühren werden auf Antrag erstattet."

§ 27

§ 26 wird wie folgt geändert:

1. Der Verweis in Abs. 1 Satz 1 wird geändert in § 28 Abs. 1 Nr. 1 LAbfG.
2. Der Verweis in Abs. 1 Nr. 2 wird von § 6 Abs. 3 in § 6 Abs. 5 geändert.
3. Der Verweis in Abs. 1 Nr. 3 wird von § 15 Satz 2 in § 15 Satz 3 geändert.

4. Der Verweis in Abs. 1 Nr. 5 wird von § 12 Abs. 1, 2, 3 oder 4 in § 12 Abs. 1 – 7 geändert.

5. Abs. 1 Nr. 8 erhält folgenden geänderten Text:

"8. als Verpflichteter entgegen §§ 13 und 14 Abfallgefäße, sperrige Abfälle oder Altholz nicht in der vorgeschriebenen Weise oder ohne vorherige Anmeldung oder zu einem anderen als dem ihm zugeteilten Termin bereitstellt,"

6. Abs. 1 Nr. 9 wird wie folgt neu gefasst:

"9. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 sowie § 18 Abs. 1 Abfälle, die außerhalb des Landkreises angefallen sind, auf einer Entsorgungsanlage des Landkreises ohne dessen ausdrückliche Zustimmung anliefert, ablagert oder eine solche unerlaubte Anlieferung oder Ablagerung veranlasst,"

7. Abs. 1 Nr. 10 sowie der Nachsatz lautet künftig:

"10. als Verpflichteter oder Auftraggeber entgegen § 19 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 oder 4 Abfälle anliefert.

Die Ordnungswidrigkeiten nach Satz 1 können gemäß § 28 Abs. 2 LAbfG mit einer Geldbuße geahndet werden."

§ 28

Anhang 2 zur Satzung erhält folgende Neufassung:

"Außenbereiche/Streusiedlungsbereiche gem. § 12 Abs. 3 Buchstabe b:

Blumberg: Außer Ort 1, 9 (Lachenbuckhof), Mühlental 13, Randenhof 10, Steppach 26, Tengentalhof 10.

Dauchingen: Talmühle 1

Bräunlingen: Am Mühleweg 50, Auf dem Bittelbrunn 1.

Donaueschingen: Friedrich-Ebert-Str. 100.

Furtwangen: Am Berg 2, 3, Auf dem Brend 5, 7, 15, Brend 1,2, Brennersloch 1, Burgweg 2, 3, Dörfle 5 - 7, Fallengrund 1, 3 - 6, Gefell 6, Heubach 1 - 4, Hexenloch 6, 8, 9, 11, 15, 16, Hintereck 3, Hinterschützenbach 16, 18 - 21, 22, 23-28, 30, Im Gründle 1, 2, Im Hofgrund 1, 2, Im Mäderstal 1, 2, Im Schnabelstal 8, Im Untertal 8, 22, 24, 28, 36, 38, In der Wanne 1 - 3, Katzensteigstraße 22, 24 - 31, 33 - 37, 40, Leiterloch 1a, 2, 4, Linach Haus-Nummer 1, 8, 13/2, 35, Martinskapelle 9, 11, Neuweg 1 - 11, Oberbregenbach 3-5, 7, 8, Oberkatzensteig 1 - 11, Obertal 11, 13, 19 - 22, 29, 30, 55, Raben 4 - 10, Reibschental 33, 35 - 37, Schwebeldobel 1 - 3, Staatsberg 4, Steinberg 2, 4, 5, 6, Unterbregenbach 1 - 9, Untertal 7, 56 - 59, 63, 70 - 75, 77, 78, 80, Vorderschützenbach 21, 25 - 29, 31, 32, Wagnerstal 1, Wolfloch 3 - 5.

Gütenbach: Am Berg 1, Dorerhof 2, Ganterhäusle 1, Grundtal 10, 12, 16, 18, 20, Gutenstraße 7, 11, 16, Hintertal 23, 38, Hinterwald 1, Hübschental 2-7, Kilpen 2 - 4, 6, 7, 9, 10, Kirchstraße 25, Kohltal 1, 9, 10, Langengrund 1, 2, Oberlehmannsgrund 1-3, Rehbühl 13, 17, 19, Sommerberg 1, Teich 1, 3, 5, 7 - 11, Unterlehmannsgrund 4, 5, Waldhäusle 2, Vordertal 28, 30, 42, 45, 47

Hüfingen: Lang-Hag-Hof 1, Schosenweg 6, 8

Königsfeld: Am Schniederberg 15, 25, 27, Brogen 6, 7, 8, 9, 11, Bühl 1, Dörfle 50, Glashalde 1, 3, Halden 3, 5, 7, Haldenweg 20, 26, Hutzelweg 24, Im Moos 1, Köhlerweg 27, 29, Lindenloch 1, Martinsweiler 1, 1/1, Mönchhof 2, 4, Muckenloch 1, 2, Mühllehen 7, 9, Nägelesee 6/1-10, 12, 16, Obermartinsweiler 1, 5, 7, Paradiesweg 8, Schmalzmühle 1, 2, Sieh Dich Für 4, 10, 12.

Niedereschach: Auf den Höfen 4, 6, Bodenacker 11, 12, Eichbühlhof 1, Flötzlinger Straße 5, Kohlerberg 3, 4, 6, 8, Kohlwald 4, 6, Obere Lohstr. 18, Pfaffenberg 4, Schlößlehof 1, Stiegelegasse 3, Tummelhalde 4.

Schonach: Alpirsbach 1, Am Mühleberg 11, 13, 14, An der Elz 11, Ecke 2, 4, Eschenbühl 18, Elzhof 10, Erlenhof 20, Eschenbühl 8, 12, 14, 16, 18, 20, Feldern 14, Feldern 2, 3, Freiheit 1-3, Frevlet 1, 2, Grub 1, 3, 5, 7, Grund, 1, 9, 11, 11/1, 13, 13/1, 15, Gum 1 und 7, Gummatten 9, Gummelenweg 3, 5, 9, 10, 15, Haidenhäusle 4, Haldenhof 8 und 10, Hinter Bärt 6, Hinterlauben 1, 3, 5, Höfleberg 1, 3, Holz 1 - 9, Hornwaldweg 3 - 5, 9, 17, Kolbenloch 1, 4, Kreuzackergut 32, Kroneckstr. 22, Langenbach 1, Laubenbergweg 17, 25, Laubwald 1, 3, Losbach 1, Lukas-Kuner-Weg 2, 10, 14, Mauerhäusle 36, Mosenberg 1, 2, Mühlebühl 15, Obertalstraße 27, 29, 33, 53, Ochsenhof 21, Paradies 1, 2, Ramselhof 22, Rensberg 3, 5, 9, 11 - 13, 15, 17, Rensberger Straße 1, 2, 10, 13, 16, 17, Rotenberg 12, 13, 41, 46, 47, Salzgasse 16, 18, Schänzlehof 19, Schonachbach 4, 6, Schönwälder Straße 59, 61, 63, 65, Seifenbergweg 46, 48, 50, 52, 55, 64, 66, 68, Sieben 1, Silberberg 1, Sturle 1, Sulzbach 1, 3, 5, 7, Täubermattengut 31, Untertalstraße 8, 47, 49, 51, Vogeleck 1, 3, Vogte 1/1, 2/1, Vorder Bärt 5, Vorderlauben 1-3, 5, Wetzelsweg 43, Wittenbach 1, 2, 3, 4, 5-6, 11, 11/1, 12, 13.

Schönwald: Arnikaweg 1, 3 - 8, 10, Baslertal 1 - 6, Erikaweg 2, 3, Escheckstraße 8, 10a, 14, 16, Farnberg 1 - 4, 6 - 9, 10, 11, 13, Fuchsbach 1, 3, 6 - 7, Geutschestraße 12a, 13, Guten 1 - 3/1, Hölltal 2 - 4, Kirnacher Straße 5 - 7, Moos 1 - 3, Mühleberg 1 - 10, Oberort 1, 2, 4 - 6, Prisen 1, 2, 3, 6 - 11a, Schaiben 1, 2, Schonacher Straße 2 - 4, Schönbächle 1 - 3, Schwarzenbach 2 - 4, 6, 8 - 10, 13, 16, Sterenberg 1, 1a, Straßenwald 1, Tiefenbach 1, Weißenbach 1, 3, 4, 6, 9, 13 - 18.

St. Georgen: Albertsgrund 1 - 4, Allmendbühl/Stockwald 1 - 3, 5 - 7, 9, Am Kreuzweg 1 - 3, 5, Am rauhen Weg 1 - 5, Am Schoren 1 - 7, Am Schwanen/Stockwald 1 - 3, Am Totenhund 2, An der Halde 1, 2, 4 - 7, 9, 10, An der Mühle 1, 3, An der Säge 2, 3, Auf dem Berg 1 - 3, 5, Bruckenwald 5, 6, Bruderhausweg 1 - 8, Buchenberger Straße 38, 38a, Dreihäusle/Stockwald 1 - 3, Erlenmoos 1-3, Föhrenbächle 3, 4, 11, 12, 14, 15, 17a, 18, 20 - 22, Gieckenloch 2, Glashofweg 1 - 4, 6, Großbauernweg 1, 2, Grünbronn 1, Gründle 1, Gsod 1 - 5, 7, Hagzinkenweg 1 - 3, Halde 1, Harzloch 1, Hilsbachweg 1, 2, 4, 5, Hirzwald 1, Holops 1, 2, 4 - 7, Im Grund 7 - 9, Im Herrenwald 2, 4, Im Hippengehr 3, Im kleinen Maierstal 1, 2, Im Kressenbrunnen/Stockwald 1 -

9, Im Nest 1 - 3, Im Reichenbach 1, 2, Im Zinken 6, 9, Kesselbergweg 1 - 10, 12-15, Krumpfenlochweg/Stockwald 1 - 3, 5 - 9, Märtishofweg 1 - 4, 6 - 8, Mühlbach 3, Oberer Stockwald 1 - 13, Obertal 6, Prechtberg 2, 3, Säggbergweg 1 - 5, Schachenbronn 1 - 3, Schmiedsbauernweg 4, Stockwaldtalweg 1 - 7, 9 - 12, Süßer Winkel/Stockwald 1 - 4, Uhlbachweg 1, 3 - 5, Unterm Wald 2, 3, Untertal 1, 2, Ursprung 1 - 4, Vogelbauernweg 1-4, Vogte 1 - 6, 9 - 12, 15 - 21, Vohenlohe 2, 4, 6, 11, Waldhornweg/Stockwald 1, 2

Triberg: Althornweg 1, 3 - 5, 7, Bopperweg 1 - 5, 7, Ecken 1 - 4, Faulbergweg 5, Gefell 1, 5, 6, Geutschenstraße 14, Heidensteinstraße 1, 2, 4, 7, 8, Hinter Ofen 2, 4, Hintertalstraße 60, 64, Hirzwald 1, 2, 4, 6, 10, Hof 1, 2, Holops 1, 2, 4, 6, 8, Hohenweg 9, 11, 13, 15, 16, 18, 19, 23, 25, 27, Hubertusweg 1, 2, 5, Kreisbachstraße 2, 3, 5 - 9, 12, 14, 16, 18, 20, Kreuzloch 1 - 3, 5, 7, Leutschenbach 1 - 13, 15, 16, 18, 20, 22, Liembergstraße 5, 7, 9, 11, 11a, 13, 20, Nußbacher Straße 33, Nußhurtweg 1, 3, 7, Obertal 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17a, Pappelntal 1, 2, 4, 5, Retsche 1-3, 5, Retsche 8, Rötenbach 1, 3, Schafberg 1, 3, 4, Schelmenloch 2, 4, 6, Sommerauer Straße 49, 50, 56, 60, Sommerbergweg 1, 3, Steinbis 2, 4, 6, 7, Steinhalden 3, 5, 9, 13, 15, 17, Tannholzstraße 1 -5, 7, 9, 11, 13, Tiefentalstraße 2, 4, 13, 15, Uhrenbühl 1 - 4, Vordertalstraße 2 ,4, 6, 10, 12, 14, 18, 20 - 25, 27, 29, 31.

Unterkirnach: Abendgrundweg 15, Bärlochweg 1 - 3, Breitbrunnen 1, 2, 3, Döbeleweg 8, Ellenwinkel 2, 3, Groppertal 2, 4 - 8, 10 - 13, Grund 1, 2, 3 - 6, Gründle 2, 2/1, Hinterwasenhof 1, Hippengehr 1, 2, 4-5, Hohrain 1, 2, Im Herrenwald 5, Leimgrube 1, 2, Meleck 1, Mooslochweg 1-7, Neuhäusle 1, Nollenweg 2, 3, Oberes Ackerloch 1, Röthenloch 1, Schlegeltal 3, 5 - 9, Schlegelwaldweg 1, 3 - 7, Stockwald 4, 5, 6, 10, Talstraße 28, 34, Wolfsgrundweg 1, 5.

Villingen-Schwenningen: Beim Viehof 2, 2/1, 2/2, Forsthaus Viehof 5, Groppertal 3, Grundstr. 35, Gürgele, Kirnacher Str. 60, Steinatstraße 33, 35, 39, Stockäcker 4, Stumpfenstraße 29.

Vöhrenbach: Alte Straße 5, 7, 8, 10, Am Glasbach 1, 2, 4, 6, 7, 8, Am Mättenbühl 4 - 7, Angelsbachweg 5, Berghofweg 1, Bregstraße 13, 19, Bregstraße 17, 19, 21, Dobelweg 1, 4, Eschengrundweg 1, 2, 4, Fahlenbachstraße 1 - 6, 8, Fallerslochweg 1, Finsterhaldenweg 2, Fränzle-Faller-Weg 1, 2, 4, Fuchsloch 1, Haldenweg 3, 4, Kosbachweg 1, 2, Langenbacher Straße 54, Philipenhof 1, 2, Rappeneckweg 5, 6, 8, Rehdobel 1, Roturachstraße 1, 4, 5, 7, 8, Schwanenbach 1 - 3, Schwanenbach 4, Schwarzbachweg 2, Steiggrundweg 1, Streichenbachstraße 1 - 4, 6, 8, 10, Untertalstr. 7, Urachtalstraße 1, 32, Urbachweg 12, Villinger Str. 31."

§ 29 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2010 in Kraft.

Villingen-Schwenningen, den 14.12.2009

Karl Heim, Landrat

Hinweis für die öffentliche Bekanntmachung der Satzung

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LkrO) oder aufgrund der LkrO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 3 Abs. 4 LkrO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Landkreis geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.